

# SPD demokratischer pressediens

P/XXV/147

10. August 1970

Die Stunde des Miteinanders

Der BRD-UdSSR-Vertrag und die Verantwortung  
der CDU/CSU

Von Karl Wienand MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer der  
Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion  
(Seite 1 - 2 / 80 Zeilen)

Innere Reformen behalten Vorrang

Ein Wort zur Situation in der Bundesrepublik  
(Seite 3 / 46 Zeilen)

Die aktuelle SPD-Pressediens-Reportage

Mit Deutschen leben müssen

1000. Afrika-"Counterpart" auf der BRD-Schulbank  
(Seite 4 - 5 / 85 Zeilen)

Chiefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn B, Heussallee 2-10  
Postfach: 8153  
Preschhaus I, Zimmer: 217-224  
Telefon: 22 50 87 - 35  
Telex: 805 645/806 947/  
806 348 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Die Stunde des Miteinanders

Der BRD-UdSSR-Vertrag und die Verantwortung der CDU/CSU

Von Karl Wienand MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der  
Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Die Reise, die Bundeskanzler Willy Brandt in Begleitung seines Außenministers Walter Scheel in dieser Woche nach Moskau antritt, wird in die Geschichte eingehen. Durch das Moskauer Vertragswerk wird mit dem Abbau der Spannungen in Europa an der Stelle begonnen, wo sie bisher am stärksten bestanden haben. Damit wird der Weg frei zu einer langfristigen Zusammenarbeit, die sich nicht nur auf die beiden vertragsschließenden Staaten zu beschränken braucht, sondern die darüber hinausgreifend alle europäischen Völker umfassen sollte. Wie im westlichen und im östlichen Teil Europas die Völker Nutzen aus der Zusammenarbeit innerhalb jedes einzelnen Teiles gezogen haben, so werden alle europäischen Völker gemeinsam Nutzen aus der jetzt eingeleiteten Zusammenarbeit in einem größeren Rahmen ziehen können. Präsident Nixons Vision eines Wandels von der Konfrontation zur Kooperation beginnt sich auch in Europa zu erfüllen.

An dieser Stelle verdient die Arbeit eines Mannes gewürdigt zu werden, der in den letzten Monaten viel Kritik hinnehmen hat müssen. Die Moskauer Verhandlungen haben gezeigt, daß Staatssekretär Egon Bahr die Tür zum Verhandlungsraum geöffnet und dem Außenminister den Spielraum verschafft hat, durch dessen Ausschöpfung Walter Scheel seinen großen Erfolg hat erringen können. Man wird wohl vergeblich auf eine Wort der öffentlichen Abbitte gegenüber Egon Bahr warten; ein Wort der Anerkennung aber ist jetzt am Platz.

Darüber hinaus sollte jedoch der Streit der vergangenen Monate beendet werden. Zwar würde es reizvoll sein, all die vielen Erklärungen und Behauptungen der vergangenen Monate der Realität des Vertragswerkes gegenüberzustellen, doch sollten Regierung, Koalition und alle ihre Freunde draußen im Lande sich die Erörterung darüber versagen, in welchem Umfang das Störfeuer aus mancherlei Richtungen den Gang der Verhandlungen erschwert hat. Und auch die Opposition sollte sich nicht selbst quälerischen Zweifeln darüber hingeben, ob ihre Absage auf die Einladung des Außenministers, einen Abgeord-

neten mit nach Moskau zu schicken, nicht doch ein wenig vor-  
eilig gewesen ist. Denn dies alles ist jetzt Geschichte.

Es scheint mir ein ermutigendes Zeichen zu sein, daß der  
Vorsitzende der Oppositionsfraktion, Dr. Barzel, erklärt hat,  
seine Fraktion werde den Vertrag am Maßstab ihres einstimmigen  
Beschlusses vom 26. Mai messen, dessen einschlägige Pas-  
sagen folgenden Wortlaut haben:

"Die Fraktion der CDU/CSU hat der Aufnahme von Gesprä-  
chen der Bundesregierung mit den Regierungen in Moskau,  
Warschau und Ostberlin unter der Voraussetzung zuge-  
stimmt, daß sie nach Vorbereitung und Durchführung eine  
Verbesserung der Beziehungen, eine Minderung bestehender  
Spannungen und Verbesserungen für die Menschen erwarten  
lassen. In solchen Gesprächen würde die Fraktion die Fort-  
setzung der durch die früheren Bundesregierungen unter  
den Kanzlern Adenauer, Erhard und Kiesinger verfolgten  
Politik sehen.."

Die CDU/CSU unterstützt das Bemühen um den Abschluß von  
Gewaltverzichtsvereinbarungen mit Moskau, Warschau und  
Ostberlin. Gewaltverzicht und Aufrechterhaltung der sowje-  
tischen Gewaltvorbehalte schließen sich jedoch aus. Die  
Festlegung von Grenzen bleibt einem freivereinbarten Frie-  
densvertrag mit Deutschland vorbehalten. Die CDU/CSU-Frak-  
tion wird sich daher jeder Vorwegnahme von materiellen  
Grenzregelungen widersetzen.

Sie unterstützt die Verhandlungen zwischen den drei West-  
mächten und der Sowjetunion mit dem Ziele, die Lage des  
freien Berlin und seiner Bewohner unter Wahrung des Vier-  
Mächte-Status für ganz Berlin und der gewachsenen Bindungen  
Westberlins an die Bundesrepublik zu festigen. In diesen  
Verhandlungen sieht die Fraktion einen entscheidenden  
Prüfstein für die Bereitschaft der Sowjetunion, auch ihrer-  
seits einen Beitrag zur Entspannung zu leisten. Fortschrit-  
te in der Berlin-Frage sind Voraussetzung für vertragliche  
Regelungen der Sowjetunion."

Wer das Vertragswerk in allen seinen Teilen mit diesem Be-  
schluß vergleicht, kommt zu dem Schluß, daß die CDU/CSU ihre Ent-  
scheidung schon uminterpretieren müßte, wenn sie darauf eine Ab-  
lehnung stützen sollte. Dies würde weder der Union noch sonst  
irgend jemandem nützen.

Willy Brandt hat in seiner Regierungserklärung vom "sachlichen  
Gegeneinander und nationalen Miteinander" gesprochen. Wir alle  
haben erlebt, daß das sachliche Gegeneinander reichlich ausge-  
schöpft worden ist. Angesichts der Bedeutung des Vertragswerkes  
scheint mir die Zeit für die Stunde des "nationalen Miteinander"  
reif zu sein.

## Innere Reformen behalten Vorrang

### Ein Wort zur Situation in der Bundesrepublik

Nach der Ratifizierung des deutsch-sowjetischen Vertrages - sie dürfte wohl Ende dieses oder spätestens zu Beginn des nächsten Jahres erfolgen - wird die Zeit, in der Fragen der Außenpolitik das Verhältnis der beiden großen Parteien zuweilen bis zur Siedehitze brachten, wohl endlich der Vergangenheit angehören. Nach menschlichem Ermessen wird es große außenpolitische Streitfragen, die unser Volk zutiefst aufwühlten und aus Gegnern zuweilen Feinde werden ließen, vorerst nicht mehr geben. Der Weg ist nun vorgezeichnet, er weist in eine gesichertere Zukunft. Die gelungene Verständigung mit dem Westen und die sich nun anbahnende Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn schaffen ein gediegenes Fundament, das keine demokratische Partei ohne den Preis der Selbstaufgabe verlassen kann. Doch an Selbstaufgabe denkt wohl niemand.

Das bedeutet freilich nicht ein spannungsloses Verhältnis zwischen den beiden großen Parteien, zwischen der gegenwärtigen Bundesregierung und der von der Union gestellten Opposition. Die Demokratie lebt von harten Auseinandersetzungen. Sie wirken befruchtend. Immer wird es Streit um den besten Weg geben, an dem sich die Geister entzünden.

Die Regierung Brandt/Scheel ist mit dem Anspruch angetreten, eine Regierung längst überfälliger innerer Reformen zu sein. Vieles ist schon geschehen, vieles ist im Anlauf und vieles muß noch bis zum Ende der Legislaturperiode des VI. Deutschen Bundestages angepackt werden. Den Parlamentariern stehen keine leichten Zeiten bevor. Schwerpunkte der Regierungsarbeit in diesem Jahr sind neben der zielstrebigem Förderung von Wissenschaft und Bildung die Festigung der inneren Sicherheit, die Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes, die Inangriffnahme geeigneter Maßnahmen zur Bekämpfung des Miet- und Bodenwuchers und die gesetzliche Regelung einer modernen Betriebsverfassung und des Personalvertretungsrechts, gewiß gesellschaftspolitische Fragen von außerordentlicher Bedeutung für unser Gemeinwesen. Über allem aber steht die Eindämmung der Gefahren einer überschäumenden Konjunktur, was freilich bei der weltweiten Verflechtung unserer Volkswirtschaft nicht ausschließlich in deutschen Möglichkeiten liegt. Doch wenn nicht alles täuscht, zeichnet sich schon für diesen Herbst eine beruhigendere Entwicklung ab.

Der Bundestag wird sich nach seinem Wiederezusammentritt nicht über Langweile zu beklagen haben. An gesellschaftspolitischen Streitfragen erster Größenordnung, an denen sich die Geister entzünden, fehlt es nicht. Doch ist es immer noch besser, man streitet sich darüber, wie das eigene Haus noch besser und wohnbarer gemacht werden kann, als daß man die Außenpolitik zum Tummelplatz für den innenpolitischen Schlagaustausch macht. Dazu eignet sie sich nicht. Das bringt niemandem Nutzen ein, wohl aber Schaden für alle.

Mit Deutschen leben müssen

1000. Afrika-"Counterpart" auf der BRD-Schulbank

Seit zehn Tagen sitzt der 26jährige Thaddeus Mkizungo aus Tansania wieder in Mannheim auf der Schulbank. Er paukt deutsch, denn er soll in der Bundesrepublik bei der Zentralstelle für gewerbliche Berufsförderung der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer (DSE) zum Gewerbelehrer ausgebildet werden. Seine Ankunft wurde besonders vermerkt, denn er ist der 1000. Counterpart für eine der rd. 60 Fachschulen, die von der Bundesrepublik in Ländern der Dritten Welt mit personeller und finanzieller Hilfe unterstützt werden. Er kommt vom College of Business Education in Dar-es-Salaam. Auch er soll nach Abschluß seiner Fortbildung in der BRD einen deutschen Lehrer auf dem College ablösen, wie alle anderen Gewerbelehrer. Endziel für diese Technischen- und Fachschulen: Schließlich sollen dort nur noch einheimische Lehrer tätig sein.

Thaddeus hat zwar gleich auf dem Flugplatz in Frankfurt ein Wirtschaftslexikon in deutscher Sprache mit einer Widmung von Bundesminister Dr. Erhard Eppler als Geschenk erhalten, doch konnte er es nicht lesen und kann es sicherlich auch heute noch nicht. Deutschlernen gehört nämlich für ihn wie auch für alle Counterparts aus Entwicklungsländern zunächst zu den Anfangspflichten, die diese jungen Männer noch einmal auf sich nehmen müssen. Sie müssen vor Beginn ihrer Fachausbildung eine fremde Sprache lernen, an die sie meist bisher noch nicht einmal gedacht haben. Da diese Sprache nicht leicht ist, muß oft ein gewisses Unlustgefühl, manchmal sogar Ärger überwunden werden. Vielleicht hat die Reiseschreibmaschine, die Thaddeus Mkizungo ebenfalls zum Geschenk erhielt, die vor ihm liegenden vier Monate Deutschkursus etwas freundlicher ansehen lassen. Ganz sicher aber wird ihm die Carl-Duisberg-Gesellschaft über die Eingewöhnungsschwierigkeiten in Deutschland hinweghelfen.

Es ist nicht einfach, 26 Jahre lang in Afrika zu leben und dann auf einmal mir-nichts-dir-nichts seinen Arbeits- und Wohnsitz nach Mitteleuropa zu verlegen und dazu noch in eine Handels- und Industriestadt, in der Menschen mit für Afrikaner völlig fremden Lebenssitten und Verhaltensweisen arbeiten, freizeiten, lieben und sterben. Von heute auf morgen würde Thaddeus in die Wirklichkeit des nüchternen deutschen Alltags gestellt. In solchen Fällen - es sind inzwischen 15.000 geworden - springt zunächst die Carl-Duisberg-Gesellschaft (CDG) ein, die seit 1955 auch mit der Durchführung der ersten Ausbildungsprogramme beauftragt wurde. Griechische und italienische Lehrlinge und ägyptische Gewerbelehrer machten damals den Anfang. Bei den Ausbildungsprogrammen für Fach- und Führungskräfte aus Entwicklungsländern vermittelt

die CDG zusammen mit der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) in Frankfurt geeignete Ausbildungsplätze, und vor allem betreut sie die Stipendiaten während ihrer Ausbildungszeit.

Die Counterparts und die anderen Stipendiaten müssen den "Umgang mit Deutschen" lernen. Das beginnt mit der Unterkunft. Der Idealfall ist es, wenn der junge Afrikaner bei einer freundlichen Familie unterkommen kann, wie es dem Schlosser Henri Hounsou als Dahomey in Bayern bei der Familie Dimpfl gelang. Frau Dimpfl "bekocht und benäht" ihn, und auch um seine Wäsche kümmert sie sich. So lernt ein Afrikaner natürlich auf sehr menschlicher Weise die Mentalität der Deutschen kennen, als wenn er anonym mit anderen Praktikanten aus Entwicklungsländern in einem Heim wohnen müßte. Große Schwierigkeiten bereiten den Menschen aus anderen Klimaten und einer orientalisch bestimmten Agrar-Umwelt oft unsere Arbeits- und Zeitnormen, die Ordnungsfaktoren in den Betrieben und die Ungeduld von Meistern, die schon mit unseren Lehrlingen oft nicht zahn umspringen. Auch hat der Normaldeutsche, wenn man diesen Begriff wagen darf, nicht gerade ein großes Fingerspitzengefühl, wenn er Menschen aus ihm gänzlich unbekanntem Kulturkreisen gegenübersteht. Hier kommt die Unsicherheit des Fachlich-Versierten hinzu, der ganz geringe und meist falsche soziologische und geographische Kenntnisse und Vorstellungen von Afrika, Asien oder Latein-Amerika hat. Was weiß ein biederer, deutscher Handwerker, der zwar Kirchensteuern zahlt, sonst aber kein enges Verhältnis zu seiner Konfession hat, von religiösen Bindungen von Moslems oder Hindus oder Buddhisten? Wie leicht sie etwa verletzbar sind, wenn ein geringschätziges deutsches Lachen auf die Ablehnung eines Schnapses folgt, den eben ein strenggläubiger Moslem nicht und bestimmt auch nicht ein Hindu trinkt.

"Das Problem 'Entwicklungshilfe durch Ausbildung' besteht nämlich nicht primär in der Vermittlung von Fachwissen, sondern in der Vermittlung neuer Normen und Verhaltensweisen". Dies hat der langjährige Leiter der Industrieländer-Abteilung der CDG, Rolf E. Vente, heute Hochschullehrer an der Universität Stuttgart, schon vor Jahren dargelegt. Voraussetzung für den Erfolg der Weiterbildung ist es also, daß die Weitergebildeten die Unäusweichlichkeit einer Entscheidung begreifen. Entweder sie eignen sich die neuen, eine Wandlung der Infrastruktur (oder soziologische Wandlung) bewirkenden Normen und Verhaltensweisen an oder sie halten an den traditionellen Sitten und Gebräuchen mit ihren Nachteilen fest. Allerdings muß man ihnen gestatten, daß sie selbst das Neue erfolversprechend und nach eigenem Denken und Fühlen in ihre Umwelt einbauen.

Heinz Ockhardt